

Modellprojekt: Politische Partizipation als Ziel der Politischen Bildung - Pressemitteilung im Oktober 2016 -

Erste Seminare im Modellprojekt „Politische Partizipation“

Im Rahmen des Modellprojekts „Politische Partizipation als Ziel der Politischen Bildung“ wurden Mitte Oktober 2016 die ersten Seminare mit zwei Politik- und Wirtschaftskursen aus Frankfurt und Bensheim durchgeführt. Bei diesen sogenannten Aktions-Seminaren hatten die Schüler*innen die Möglichkeit, zu selbstgewählten Themen politische Aktionen zu planen und anschließend durchzuführen.

Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, Hintergründe zur Partizipationsverdrossenheit von Jugendlichen oder Angebote zur Integration von Geflüchteten: das sind nur einige der Themen, die von den jeweils etwa 20 Schüler*innen gewählt wurden. Dabei stand vor allem das persönliche Interesse der Jugendlichen im Vordergrund: „Bei der Wahl und Bearbeitung der Themen wollen wir keine Vorauswahl treffen, sondern die Jugendlichen aus freien Stücken entscheiden lassen, woran sie wie arbeiten wollen“, erläutert Projektleiter Alexander Mack, der im Haus am Maiberg in Heppenheim arbeitet. Das sogenannte Aktions-Seminar dient allen Schulklassen und –kursen als Auftakt-Veranstaltung des Projekts: Nach der Themenwahl bearbeiten die Jugendlichen größtenteils eigenständig und in Kleingruppen das jeweilige Thema - sie recherchieren, diskutieren, kommen ins Gespräch mit Expert*innen.

Die dazugehörige Aufgabenstellung klingt simpel, birgt aber zahlreiche Schwierigkeiten: Plant eine politische Aktion und führt sie durch! Während in der schulischen und oftmals auch in der außerschulischen politischen Bildung meist mit Wissensvermittlung sowie praxisorientierten Methoden und Simulationen gearbeitet wird, sollen die Jugendlichen im Projekt „echtes“ politisches Handeln erleben. Und so stehen sie vor der Herausforderung, tatsächlich eine politische Aktion anzugehen, zu planen und umzusetzen. Nach anfänglichen Irritationen sind bereits erste Erfolge zu verzeichnen: es wird Kontakt zum Ortsbeirat hergestellt, eine Umfrage unter Mitschüler*innen entwickelt oder ein Interview mit einem jungen Geflüchteten geführt. „Wahrnehmung und Einschätzung von Politik und politischen Aktionen haben sich geändert: gerade für Jugendliche sind klassische Partizipationsformen wie Parteienmitgliedschaft oder der Gang zur Wahlurne oftmals nicht mehr attraktiv. Sie suchen daher nach neuen, unkonventionellen Formen, sich zu beteiligen, die sie in diesem Projekt ausprobieren können“, berichtet der Projektleiter. Daher sind weder Bandbreite noch Vielfalt der möglichen politischen Aktionen vorgegeben.

Nach der größtenteils selbständigen Durchführung ihrer politischen Aktion(en) – Lehrer*innen und außerschulische Referent*innen stehen beratend und begleitend zur Verfügung – werden die Jugendlichen in einem abschließenden zweiten außerschulischen Seminar zur gemeinsamen Nachbetrachtung zusammenkommen: Dabei soll reflektiert werden, ob die freie Auswahl von Thema und Art der Aktion sowie das aktive politische Handeln den Blick auf politische Beteiligungsprozesse verändert haben.

Hintergrund des Projekts

Im Modellprojekt „Politische Partizipation als Ziel der Politischen Bildung“, dessen Laufzeit von 2016 bis 2019 geplant ist, sollen durch die enge Verzahnung von Institutionen der schulischen und außerschulischen Bildung und die Verknüpfung der Kompetenzen beider Disziplinen neue lerntheoretische Erfahrungen zur selbstgesteuerten Partizipation von Jugendlichen generiert werden. Im Mittelpunkt stehen nicht politische, sondern pädagogische Ziele, wie etwa die Entwicklung neuer Methoden für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Durch regelmäßigen Fachaustausch und Publikation der Ergebnisse soll die Nachhaltigkeit des Projekts garantiert werden.

Wissenschaftliche Begleitung des Projekts

Vor dem Hintergrund des politikdidaktischen und lerntheoretischen Erkenntnisinteresses wird das Projekt durch die Heidelberg School of Education wissenschaftlich begleitet. Dies geschieht durch teilnehmende Beobachtungen im schulischen Unterricht vor dem Aktions-Seminar und während den beiden außerschulischen Seminaren sowie Interviews mit den teilnehmenden Schüler*innen und Lehrpersonen.

Beteiligte Einrichtungen

Das Projekt wird aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert und ist eine Kooperation folgender Einrichtungen der außerschulischen politischen Bildung und Schulen unterschiedlicher Schulformen aus ganz Deutschland:

- Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB)
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
- Bundesausschuss Politische Bildung e.V. (bap)
- Bundesarbeitskreis „Arbeit und Leben“
- Deutsche Vereinigung für politische Bildung (DVPB)
- Heidelberg School of Education
- Transferstelle politische Bildung

- Berufliche Schulen am Gradierwerk, Bad Nauheim
- Ev. Trifels Gymnasium, Annweiler
- Geschwister Scholl Schule, Bensheim
- Gymnasium am Römerkastell, Bad Kreuznach
- Gymnasium zu St. Katharinen, Oppenheim
- Heinrich Metzendorf Schule, Bensheim
- IGS Gerhard Ertl, Sprendlingen
- IGS Schillerschule, Offenbach
- Neue gymnasiale Oberstufe der Max-Beckmann-Schule, Frankfurt am Main
- Offene Schule Kassel-Waldau
- Reuchlin-Schule, Realschule Bad Liebenzell
- Starkenburg Gymnasium, Heppenheim

(Die Teilnahme der genannten Schulen ist teilweise noch nicht endgültig geklärt; Stand Oktober 2016)

[Bis hierhin ca. 630 Wörter / ca. 5.300 Zeichen]

Projektleitung und Kontakt:

Interessierte Schulen unterschiedlicher Schulformen und Einrichtungen der außerschulischen politischen Bildung sind herzlich zur Teilnahme am Projekt eingeladen und erhalten weitere Informationen gerne bei der Projektleitung im Haus am Maiberg, der Akademie für politische und soziale Bildung im Bistum Mainz. Ein Einstieg ins Projekt ist während der gesamten Projektlaufzeit möglich.

Alexander Mack • Referent für politische Jugendbildung • Haus am Maiberg

Ernst-Ludwig-Straße 19 • 64646 Heppenheim

06252 930613 • a.mack@haus-am-maiberg.de